

KPÖ INFORMIERT

EUROPA ANDERS – Liste 9!

Als Liste 9 kandidiert bei der Europaparlamentswahl am 25. Mai 2014 die Wahlallianz „EUROPA ANDERS – KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige“ mit 40 Kandidat_innen.

Spitzenkandidat ist der derzeit fraktionslose oberösterreichische EU-Abgeordnete Martin Ehrenhauser (unabhängig). Aus Oberösterreich kandidieren weiters die Ökonomin Agnes Peterseil (Wandel), die Sozialpädagogin und Betriebsrätin Karin Antlanger (KPÖ) und der Arbeiter Thomas Lindmayer (Unabhängig).

Die Wahlallianz ist die linke Alternative zum neoliberalen Zeitgeist des Kartells der hemmungslosen Pro-EU-Parteien SPÖ, ÖVP, Grüne und Neos und gegen die auf Fremdenfeindlichkeit setzende Rechte, allen voran die rechtsextreme FPÖ.

Teil des linken Widerstandes

EUROPA ANDERS versteht sich als Teil des europaweiten Widerstandes gegen die unsoziale Kahl-schlagpolitik der regierenden Parteien, die sowohl in den 28 Mitglieds-ländern als auch auf EU-Ebene ihren Ausdruck findet.

Die Europäische Linke, welcher die KPÖ angehört, hat Alexis Tsipras, den Vorsitzenden der griechi-

schen Linkspartei SYRIZA, als euro-paweiten Spitzenkandidaten nomi-niert. Die Linksfraction im EU-Parla-ment GUE kann den Wahlprogno-sen einen deutlichen Zuwachs bei der EU-Wahl erwarten.

Ermunterung für Zivilgesellschaft

Nun ist freilich klar, dass auch eine gestärkte Linksfraction ange-sichts der Dominanz von Konservativen und Sozialdemokraten im EU-Parlament nur Sand ins Getrie-be der neoliberalen Politik werfen kann. Die Verbindung parlamentari-scher Tätigkeit mit einer aktiven Zi-vilgesellschaft ist daher ein grundle-gender Anspruch der Linken.

Eine optimale Nutzung auch be-schränkter parlamentarischer Mög-lichkeiten als Unterstützung außer-parlamentarischer Proteste gegen Sozialabbau, Privatisierung, Über-wachung und Entdemokratisierung ist wichtig.

Damit sind auch Erfolge möglich wie der Stopp für ACTA, GATS, Saatgutverordnung oder Vorratsda-tenspeicherung gezeigt hat.



Volksbegehren Haftungsboykott unterschreiben!

Die Wahlallianz „EUROPA ANDERS – KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige“ hat das Volksbegehren „Haftungsboykott - Kein Steuergeld für Banken“ gestartet.

Der Inhalt: „Der Nationalrat möge mit einem Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, Maßnahmen und Regelungen beschließen, die die Überwälzung von schlagend gewordenen Haftungen für Banken auf die SteuerzahlerInnen, im Konkreten auch im Falle Hypo Alpe Adria, unterbindet und derartige Haftungsübernahmen verbietet“.

Aufstehen und mitmachen!

Das Volksbegehren kann ab sofort unterschrieben werden. Das Formular der Unterstützungserklärung von www.haftungsboykott.at herunterladen, mit einem amtlichen Lichtbildausweis (Reisepass, Personalausweis, Führerschein) zum Hauptwohnsitz-Gemeindeamt gehen, dort unterschreiben und bestätigen lassen und per Post an Europa Anders, Postfach 6, 1062 Wien senden.

Alle Infos zum Volksbegehren:

- Mail kontakt@haftungsboykott.at
- Web www.haftungsboykott.at
- www.facebook.com/hypoboykott



Mit einer spektakulären Aktion machte EUROPA ANDERS am 28. April vor dem Parlament aufmerksam: 450 Kartons symbolisierten die Menge von 18 Milliarden Euro, welche das Hypo-Desaster voraussichtlich kostet.

In trauter Eintracht haben konservative, sozialdemokratische, liberale und grüne Abgeordnete strikte Budgetauflagen beschlossen, um Sozialabbau zu erzwingen.



Nein zu TTIP!

Die Mehrheit von konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Abgeordneten im EU-Parlament hat das Mandat für die Geheimverhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA beschlossen.

Betreiber sind 3.000 EU-Konzerne mit 24.000 US-Tochterfirmen und 14.400 US-Konzerne mit 50.800 EU-Tochterfirmen. Das Ziel ist ein Klagerecht gegen Staaten wegen Wettbewerbsnachteilen, etwa durch die Sozialgesetzgebung, Umweltauflagen oder Konsumentenschutz.

Nicht staatliche Gerichte, sondern private Schiedsgerichte sollen entscheiden, was eine Privatisierung der Demokratie bedeutet. Die gegenseitige Anerkennung von Regeln hat zur Folge, dass etwa US-Lebensmittel minderer Qualität in Europa zugelassen werden müssen. Der Druck auf kleine regionale Betriebe würde damit drastisch verstärkt, weil etwa in den USA ein landwirtschaftlicher Betrieb im Schnitt 169 Hektar, in der EU aber nur 12,6 Hektar groß ist und die derzeitigen Schutzzölle fallen würden.

Und die Frage ist überhaupt, ob unbegrenzter Freihandel sinnvoll ist. Warum sollen regionale Produkte, insbesondere Lebensmittel, mit negativen Folgen durch den Transport quer durch Europa oder gar über den Atlantik transportiert werden? Daher kann es zu TTIP nur ein klares Nein geben.

Soziales Europa – aber wie?

Die SPÖ wirbt im Wahlkampf für ein soziales Europa und tut so, als wäre ein solches durch die neoliberale Politik der Konservativen verhindert worden und hätte die Sozialdemokratie gar nichts zu sagen.

Aber die Sozialdemokratie regiert in 21 der 28 EU-Ländern allein oder in Koalitionen. Sie hat damit die Belastungspakete, wie etwa auch in Österreich, zu verantworten. 195 von 766 Abgeordneten im EU-Parlament und sieben von 28 Mitgliedern der EU-Kommission sind sozialdemokratisch.

Fakt ist auch, dass alle wesentlichen Grundsatzentscheidungen, etwa die Bankenrettung und die Austeritätsprogramme für Griechenland etc. von der Sozialdemokratie mitgetragen wurde. Einmal mehr wird deutlich, dass die SPÖ mit einem „sozialen Europa“ wirbt, praktisch aber Sozialabbau betreibt.

Ein wirkliches soziales Europa,

wie es die Linken anstreben, verlangt grundsätzliche Veränderungen. Die EU ist nämlich derzeit auf völlig falschen Regeln aufgebaut. Rein monetäre Kriterien, wie etwa im Maastricht-Vertrag vorgeschrieben, erzwingen Sozialabbau und Privatisierung öffentlichen Eigentums, sie machen die Superreichen noch reicher und nützen den Banken und Konzernen.

Europa braucht soziale Regeln, etwa für Beschäftigung, Mindestlöhne und soziale Absicherung. Ebenso braucht Europa einheitliche Steuersätze, Kapitalverkehrskontrollen, Schutz und Ausbau des öffentlichen Eigentums. Nur so kann ein soziales Europa Realität werden.

Was will EUROPA ANDERS?

→ Ein starkes Parlament

Das EU-Parlament ist eine zahnlose Abstimmungsmaschine ohne Initiativrecht, das von Konzernen, Lobbyisten und Finanzmarkt dominiert wird. Wir wollen echte Demokratie, Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Volk, Abschaffung des Rates, einen Demokratiekonvent zur Neudefinition der europäischen Gemeinschaft.

→ Arbeitslos nicht alternativlos

Die Arbeitslosigkeit steigt, immer mehr Menschen rutschen in die Armut ab oder werden von der Politik als überflüssig angesehen. Wir stehen für Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Förderung von wirtschaftlicher Aktivität, die das Gemeinwohl steigert sowie die Energiewende bis 2040. Damit es den Menschen wieder gut geht und so auch der Wirtschaft.

→ Fortschritt teilen

Der Zugang zu schnellem, freiem und unzensuriertem Internet ist in Gefahr. Täglich werden wir alle überwacht als wären wir SchwerverbrecherInnen. Wir fordern einen echten europaweit einheitlichen Datenschutz, die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität so-

wie ein Grundrecht auf Breitbandzugang zum offenen und freien Internet – frei von Überwachung, weder durch Staaten noch durch Konzerne.

→ Menschen statt Banken

Alleine die Hypo-Rettung kostet uns bis zu 24 Milliarden Euro - mehr als unser Bildungssystem in einem ganzen Jahr. Wir verlangen, dass keine Bank mehr auf Kosten der Gesellschaft gerettet wird, sowie eine strikte Regulierung der Finanzwirtschaft, eine europaweite Finanztransaktionssteuer, Bekämpfung von Steueroasen und Schließung von Steuerschlupflöchern.

→ Europa ist keine Festung

Unser Wohlstand erzeugt Armut, Umweltzerstörung und Flüchtlingsströme in vielen Regionen der Welt. Auf ihrer legitimen Suche nach einer besseren Zukunft, sterben täglich Menschen an den Grenzen der EU. Eine menschenwürdige Versorgung von Flüchtlingen und die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonventionen sind moralische und gesetzliche Pflicht. Wir wollen, dass die österreichische Neutralität Vorbild für eine europäische Friedenspolitik wird.



Aktivist_innen von EUROPA ANDERS bei der Sammlung von Unterstützungserklärungen.

Apropos EU-Frust

Dass der Frust über die EU deutlich zugenommen hat ist angesichts der neoliberalen Politik sowohl in Wien als auch Brüssel nicht verwunderlich.

Viele sehen die EU als Quelle allen Übels. Aber würde ein Austritt Österreichs die Probleme wirklich beseitigen? Dabei wird ignoriert, dass die EU zwar ein konzentrierter politischer Ausdruck, aber letztlich doch nur ein Element des globalen Charakters des neoliberalen Kapitalismus ist.

Die Probleme sind in Österreich im Grunde nicht anders als in anderen Ländern: Banken und Konzerne werden immer mächtiger, die Politik hat sich deren Interessen untergeordnet, eine kleine Minderheit wird immer reicher, während auf der Kehrseite die Armut wächst.

Viele Menschen sehen die Ursachen jedoch nicht im untragbaren kapitalistischen System, sondern suchen Sündenböcke in anderen Ländern oder bei Zuwanderern. Weil es nach dem Radfahrerprinzip „Nach oben buckeln, nach unten treten“ leichter ist als sich mit den Mächtigen anzulegen.

Wenn die EU scheitern sollte, sind dafür aber nicht die Kritiker_innen verantwortlich, sondern das Kartell der konservativen, sozialdemokratischen, grünen und liberalen Politik, das auf Teufel komm raus den neoliberalen Kurs verfolgt und damit Ungleichheit und Zukunftsangst verstärkt.

Das meint Martin Ehrenhauser

Damit die Politik ihre primäre Aufgabe erfüllen kann, muss sie monetär unabhängig sein. Denn Geld ist das zentrale Instrument zur Steuerung des Gemeinwohls.

Derzeit ist die Situation grotesk: Der Staat bekommt kein Geld von seiner eigenen Zentralbank. Er muss sich dieses bei einer handvoll privater Geschäftsbanken kaufen. Den Preis dafür legen die Banken selbst fest. Die privaten Banken können sich ihrerseits extrem kostengünstig bei der staatlichen Zentralbank refinanzieren.

Es gibt keinen vernünftigen Grund warum Staaten sehr teuer Kredite auf den Finanzmärkten aufnehmen müssen und unter ständiger und bedrohlicher Beurteilung durch private Ratingagenturen stehen.

Statt dessen könnte das Geld direkt von den eigenen staatlichen Quellen kommen. Die EZB könnte direkt Kredite an Staaten vergeben und zwar zinsfrei. Damit wäre die monetäre Unabhängigkeit der Politik hergestellt und eine gemeinwohl-



orientierte Politik möglich. Es geht eben auch anders.

Martin Ehrenhauser ist fraktionsloses Mitglied des Europäischen Parlaments und unabhängiger Spitzenkandidat der Wahlallianz „EUROPA ANDERS – KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige“

Wir finden uns nicht damit ab...

...dass von der Europäischen Union über die Wirtschaftspolitik de facto Krieg geführt wird.

...dass mit dem Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU ein neuer Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge durch eine internationale Ausschreibungspflicht geplant ist.

...dass 85 Personen bzw. Familien weltweit so viel Vermögen haben wie auf der Kehrseite 3,5 Milliarden Menschen zusammen.

...dass die Herrschenden Europa benutzen um den Menschen damit Europa abzugewöhnen.

...dass für die Bankenkrise Milliarden Steuergelder verpulvert wurden und dies dann zu einer Staatsschuldenkrise umgelogen wird.

...dass den Staatsschulden in der EU von 11 Billionen Euro die Vermögen der Reichen in der EU von 14 Billionen Euro gegenüberstehen.

...dass für die Pensionsfinanzierung die Demografie statt der Produktivität herangezogen wird.

...dass nach dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP die Konzerne entgangene Gewinne infolge sozialer Besserstellung vom Staat einklagen wollen.

FRONTEx

SEIT 8 JAHREN DIE NUMMER 1 IM MITTELMEER

UNSER EUROPA

- MEHR ALS 10.000 ERTRUNKENE FLÜCHTLINGE SEIT 2006
- MENSCHENVERACHTENDE BEHANDLUNG VON FLÜCHTLINGEN
- UNBÜROKRATISCHE ABSCHIEBUNGEN AUF HOHER SEE

EUROPA anders

WIR KENNEN KEINE GRENZEN



Leo Furtlehner
Landes-
sprecher der
KPÖ-Ober-
österreich

Worauf es ankommt...

„Es muss anders werden, damit es gut wird“ meint EUROPA ANDERS. Damit es anders wird, braucht es eine linke Alternative zum neoliberalen Mainstream und zum rechten Gesocks von FPÖ & Konsorten.

Die konservativen, sozialdemokratischen, liberalen und grünen Macher der EU erzeugen mit ihrer Politik jenen Frust, den sie lautstark beklagen. Sie sind drauf und dran ihr eigenes Projekt zu zerstören. Denn ein Europa, das in erster Linie den Interessen der Banken, Konzerne und Superreichen nützt verfehlt seinen Zweck.

Die rechte, populistische EU-Kritik setzt hingegen auf Fremdenfeindlichkeit, engstirnigen Nationalismus und Hetze. Sie gedeiht auf dem Humus der neoliberalen Politik der etablierten Parteien, die auf die Interessen der Banken und Konzerne ausgerichtet ist.

Linke EU-Kritik setzt hingegen auf internationale Solidarität und das gemeinsame europaweite Handeln der Betroffenen. Dem international hochorganisierten Kapital gilt es das geschlossene europaweite Handeln von Zivilgesellschaft, Sozialbewegungen und Gewerkschaften gegenüber zu stellen. Denn ein Kurswechsel ist notwendig.

Aktuell, Nummer 2, Mai 2014
Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin:
KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon
+43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at;
Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck:
druck.at, Leobersdorf. Fotos: Meister Eder, Archiv, Europa
anders

Menschen retten statt Banken

EU-weit wurden seit 2008, als sich die Finanzkrise zu einer bis heute nicht bewältigten Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, nicht weniger als 4.400 Milliarden Euro für die Bankenrettung ausgegeben.

Zum Vergleich: Gerade sechs Milliarden wurden seither für Maßnahmen gegen die wachsende Jugendarbeitslosigkeit, die in Griechenland oder Spanien schon über 50 Prozent beträgt, aufgewendet.

Die deutsche Kanzlerin Merkel meinte als Begründung für den Fiskalpakt und den Euro-Stabilitätsmechanismus, damit gelte es das Vertrauen der Finanzmärkte in die Politik wiederherzustellen.

Deutlicher kann die Politik ihre Bankrotterklärung nicht ausdrücken. Müsste doch eigentlich die Politik über die Finanzmärkte bestimmen und nicht umgekehrt.

Jahrelang wurde uns das neoliberale Credo „Privat ist besser als Staat“ gepredigt. Als jedoch die Fi-

nanzmärkte durch hemmungslose Spekulationen kollabierten war auf einmal der Staat gefragt.

Und ganz nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ wurden die kleinen Steuerzahler_innen zur Kasse gebeten, statt Pleite-Banken Marke Hypo in die wohlverdiente Insolvenz zu schicken und deren Eigentümer bzw. Spekulanten heranzuziehen.

Während also Schutzschirme für Banken aufgespannt werden, lässt man die Menschen im Regen stehen. Sie müssen mit ihren Steuern das Desaster zahlen und werden zusätzlich mit Lohn- und Sozialdumping und Belastungspaketen abgestraft. Höchste Zeit, damit Schluss zu machen.

Die EU - ein Friedensprojekt?

Wenn die EU-phoriker vom Desaster ihrer unsozialen neoliberalen Politik ablenken wollen versuchen sie die EU als Friedensprojekt zu verkaufen. Nun stimmt nicht einmal das Argument, dass die EU nach 1945 Kriege in Europa verhindert hätte, wurde doch 1999 mit kräftiger EU-Beteiligung von der NATO Jugoslawien niederbombardiert.

Und ganz davon abgesehen kann man nicht von einem Friedensprojekt sprechen, wenn der Krieg nach außen exportiert wird:

Etwa durch massive Rüstungsexporte in Krisenregionen und mittelalterliche Unrechtsregime wie Saudi-Arabien oder durch Interventionsgruppen in Afrika oder Afghanistan.

Zur Nagelprobe für den Friedenswillen der EU wird derzeit die Ukraine: Nach 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf, damit war die Chance für weltweite Abrüstung gegeben.

Aber statt auch die NATO aufzulösen wurde diese durch den Beitritt osteuropäischer Länder ausgeweitet, was von Russland zu Recht als

Bedrohung gesehen wird.

USA und EU liefern sich in der Ukraine einen Wettkampf um ihren Einfluss. Sie missachten, dass sie mit ihrer Politik das gespaltene Land immer mehr zerreißen und Russland die Möglichkeit geben sich als Schutzmacht der russischen Bevölkerungsteils aufzuspielen.

Die einzig sinnvolle Perspektive für die Ukraine wäre daher die Orientierung auf einen neutralen Status. Dabei könnte Österreich, das formal immer noch der immerwährenden Neutralität verpflichtet ist, eine wichtige Rolle spielen.

Vorausgesetzt allerdings, unsere Außenpolitik würde sich nicht jener der EU unterordnen.